



Michael Schrodi

Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Die Regierungskoalition handelt: Entlastung bei den Preisen für Benzin und Diesel

Olching, 14.04.2026

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 7.332

Telefon: +49 30 227-77541

michael.schrodi@bundestag.de

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister der Finanzen

Die Spitzen der Koalition haben sich auf eine vorübergehende Senkung der Energiesteuer für Benzin und Diesel geeinigt. „Es war unser zentrales Anliegen, den Menschen zeitnah zu helfen, ohne neue Haushaltslöcher zu reißen“, sagt der SPD-Abgeordnete Michael Schrodi, zugleich Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

Die Senkung gilt ab Einführung für zwei Monate. Sie wird dafür sorgen, dass die Benzin- und Dieselpreise um rund 17 Cent fallen werden. Zugleich einigte man sich darauf, die steuerlichen Entlastungen „durch kartellrechtliche oder steuerrechtlich abgesicherte Maßnahmen gegenüber den Mineralölwirtschaftsunternehmen“ auszugleichen, nach Möglichkeit analog zum EU-Energiekrisenbeitrag im Jahr 2022, mit dem krisenbedingte Übergewinne der Mineralölkonzerne abgeschöpft wurden (2,1 Mrd. Euro zusätzliche Steuereinnahmen).

Besonders wichtig ist dem Finanzpolitiker Schrodi im Zuge der Maßnahme, dass das Kartellamt zusätzliche Möglichkeiten erhält, die Preispolitik der Mineralölkonzerne zu begutachten. Schon vor den Verhandlungen der Parteispitzen am Wochenende hatte sich Bundesfinanzminister Lars Klingbeil für das sogenannte Luxemburger Modell offen gezeigt, wonach die Mineralölkonzerne zu mehr Transparenz bei der Gestaltung ihrer Tankstellen-Preispolitik aufgefordert werden. „Ohne solch ein Modell könnte nämlich auch der Effekt einer Steuersenkung schnell verpuffen. Wir wollen nicht, dass Konzerne die Krise für eine Abzocke nutzen können, sondern dass diese Konzerne ihren Beitrag leisten, die Krise zu überwinden“, erklärt Schrodi. „Ich bin froh, dass wir uns mit unseren Forderungen zur Gegenfinanzierung nun durchgesetzt haben.“

Entscheidend für die Steuersenkung war die Tatsache, dass damit sowohl Privatpersonen wie Pendlerinnen und Pendlern ganz unmittelbar geholfen werden kann, und zugleich die Pri-



vatwirtschaft entlastet wird. „Wenn zum Beispiel ein Lebensmittellieferant auf der Ausgabenseite weniger Spritkosten verbucht, dann steigen auch die Lebensmittelpreise nicht so stark“, betont Schrodi – die Maßnahme kann also auch dazu beitragen, eine neue, krisenbedingte Inflation auszubremsen.

Für Privatpersonen ist darüber hinaus eine weitere Maßnahme geplant: Arbeitgeber sollen die Möglichkeit bekommen, eine steuerfreie Entlastungsprämie von 1000 Euro an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszus zahlen. Diese Maßnahme wird durch eine vorweg genommene Erhöhung der Tabaksteuer schon im Jahr 2026 gegenfinanziert.